

# Danziger Zeitung.

No 9711.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag und bei allen Kaiserlichen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Inserate kosten für die Petitzeile oder deren Raum 20 S. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inseratsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1876.

**Abonnements per Mai-Juni auf die Danziger Zeitung** nimmt jede Postanstalt entgegen, in Danzig die Expedition Kettelhagergasse.

## Telegramme der Danziger Zeitung.

**Berlin, 29. April. Abgeordnetenhause.** Die Reichseisenbahn-Vorlage wurde in zweiter Beratung nach sechsständiger Debatte, wobei der Landwirtschafts-Minister im Interesse der Landwirtschaft für die Vorlage eintrat und der Handelsminister das Haus nochmals zur Annahme der Vorlage aufforderte, während Fürst Bismarck das vollständige Einverständnis des Ministeriums in der Eisenbahnfrage betonte, in namentlicher Abstimmung mit 206 gegen 165 Stimmen angenommen.

**München, 29. April. Kammer-Sitzung.** Der Herzliche Antrag, betreffend die Aufhebung der bayerischen Gesandtschaften bei den nichtdeutschen Regierungen wird abgelehnt. Minister Freyschuler erklärte, die Regierung werde dem Antrage niemals zustimmen, und hob den ultramontanen Rednern gegenüber hervor: der Reichskanzler suchte das bayerische Gesandtschaftsrecht niemals zu schmälern; gegen die Unterstellung, daß bayerische Gesandte als Controleure der Reichsgesandte anzusehen seien, müsse er energisch protestieren.

**Wien, 29. April.** Seit Donnerstag finden im Doga-Passe Kämpfe statt. Ueber den Erfolg ist Zuverlässiges bisher nicht bekannt geworden.

## Wider die Dreiklassenwahl.

Aus Westpreußen, 28. April.  
In meinem Artikel „Zur Dreiklassenwahl“ („Dz. Ztg.“ No. 9693 vom 20. April) äußerte ich mein Bedauern darüber, daß u. A. auch der schlesische Städtetag für die Beibehaltung der Dreiklassenwahl sich erklärt habe. Doch fügte ich hinzu, daß es mir noch nicht bekannt sei, ob er dieselbe, mit oder ohne Modificationen, beibehalten wissen wolle. Später habe ich allerdings aus der Motivierung der betreffenden Petition, wie die „Schlesische Presse“ sie mitgeteilt hat, erfahren, daß in der That eine nicht ganz unwesentliche Modification verlangt wird. Zunächst verlangt der schlesische Städtetag, daß jedem, auch dem zu dem niedrigsten Steuerfusse eingeschätzten Stadtbürger die Theilnahme an den Stadtverordnetenwahlen zugesichert werden soll. Denn, sagt er, die Stadtgemeinden sind zwar „Träger und Stützen der geistigen und sittlichen Cultur und dadurch auch politisch bedeutsame und wichtige Factoren in der Entwicklung der Staatsidee“ geworden. Doch ihre „unmittelbaren Leistungen“ seien nur „materiell, geschaffen und ermöglicht durch die Beiträge ihrer Mitglieder“. So seien sie nichts Anderes als „wirthschaftliche Genossenschaften“, und weil sie das sind, so dürfe auch „keinem beiträgenden Genossen das Recht an der Mitberathung und Beschließung der Gemeindeangelegenheiten durch gewählte Vertreter entzogen werden.“ Indes würde diese gegen jede Aus-

schließung selbst der am geringsten besteuerten Einwohnerklasse sich richtende Beweisführung doch nur dann zutreffen, wenn die Stadtgemeinden nur Genossenschaften für gewisse wirthschaftliche Zwecke eines jeden einzelnen Steuerzahlers wären, wie etwa Wald- und Weide-, Deich- und Befriedungs-genossenschaften u. dgl. m. Aber das sind sie eben nicht. Selbst diejenigen Ausgaben aus dem Gemeindefonds, die im rein wirthschaftlichen Interesse gemacht werden, kommen keineswegs der Einzelwirthschaft eines jeden Steuerzahlers zu Gute. Es ist immer nur ein, sei es größerer, sei es geringerer Theil derselben, dem diese Ausgaben einen unmittelbaren wirthschaftlichen Vortheil bringen; der mittelbare wirthschaftliche Vortheil ist für gar Manche ein verschwindend kleiner, und für Manche ist er möglicher Weise gar nicht vorhanden. Das es dagegen unbedingt Allen zu Gute kommt, wenigstens zu Gute kommen soll und kann, das sind die Ausgaben für die auch von der Petition vorangestellten, dann aber nicht weiter in Rechnung gezogenen, „geistigen und sittlichen“ Interessen der Einzelnen, wie der ganzen Gemeinde, wie des gesamten Staates. Indes auch diese Interessen können, wie die Motive der Petition ganz richtig bemerken, nur durch wirtschaftlich kräftig entwickelte Stadtgemeinden wirklich geschützt und gefördert werden. Darum ist jedes überhaupt steuerfähige Gemeindeglied, wohlgerichtet auch Frauen und Unmündige, verpflichtet, zu sämtlichen Gemeindeausgaben beizusteuern nach Maßgabe seines Vermögens und Einkommens. Diese Pflicht liegt ihnen nicht gerade darum ob, weil sie diesen oder jenen materiellen oder geistigen Gewinn aus der Gesamtheit der städtischen Einrichtungen unmittelbar oder mittelbar selbst zu erwarten haben. Sie liegt ihnen vielmehr ob, weil das Mitwirken für das Gemeinwohl, ein Jeder nach Kraft und Vermögen, durch den kategorischen Imperativ der Pflicht uns Allen geboten ist.

Aber die Petition irrt, wenn sie aus der, überdies durch Gesetz und Obrigkeit von Rechts wegen zu erzwingenden, Erfüllung dieser Pflicht, zugleich das Recht ableitet, auch „an der Berathung und Beschließung der Gemeindeangelegenheiten durch gewählte Vertreter“ Theil nehmen zu dürfen. Die Urheber der Petition selbst können, obgleich ihre Worte es bezeugen, doch nicht in vollem Ernste meinen, daß schon die bloße Steuerzahlung ein vollkommen ausreichender Grund auch zur Uebertragung des Gemeindegewaltrechtes sei. Denn auch sie werden den Steuer zahlenden Frauen und Unmündigen oder deren Stellvertretern doch sicherlich nicht in der städtischen Gemeinde oder gar im Staate ein Stimmrecht zuerkennen, das dieselben doch nur in einer „wirthschaftlichen Genossenschaft“ von privatrechtlicher Natur (und da allerdings unzweifelhaft in Anspruch nehmen dürfen. Sie werden vielmehr als selbstverständlich annehmen, daß auch Steuer zahlende Frauen und Unmündige ebenso wie alle Nichtsteuerzahler, keinen Antheil an dem activen Bürgerrechte, sondern nur die Rechte von Schutzgenossen in Anspruch nehmen dürfen. Aber eben dieses bloße Schutzgenossenrecht

(ich wiederhole damit nur, was ich als meine individuelle Ansicht schon in No. 9685 der „Dz. Ztg.“ vom 13. April betont habe) gebührt auch denen nur, die als selbstständige Männer nicht wenigstens dadurch sich bewährt haben, daß sie über ihr unmittelbares persönliches Bedürfnis hinaus durch ihre Arbeit oder Vermögensverwaltung so viel erwerben, um eine Familie angemessen ernähren zu können. Wer aber, wie bei uns die Verhältnisse stehen, nur zur untersten Steuerklasse eingeschätzt ist, erwirbt so viel nicht. Er muß also warten, bis er die erforderliche wirthschaftliche Selbstständigkeit sich zu eigen gemacht hat.

Das active Bürgerrecht — dahin geht meine Meinung — ist ein Recht, das nicht von der gütigen Natur geschenkt, sondern durch verdienstliche, ehrliche Mannesarbeit erworben sein will. Aber — und das ist das Weitere — wer es einmal sich erarbeitet hat, dem soll es auch ganz und voll gegeben, es soll ihm nicht, wie auch die Schlesische Petition will, mit einem kleineren Maße zugemessen werden, wie einem Anderen, weil seine Arbeit weniger einträglich ist, oder weil er den Gütererwerb nicht gerade zur Hauptaufgabe seines Lebens gemacht hat. Die aber, welche durch ihre günstigere wirthschaftliche Stellung zugleich eine günstigere Gelegenheit zum Erwerbe einer besseren Einsicht in die Natur und die Erfordernisse der öffentlichen Angelegenheiten erlangt haben, mögen diese Gelegenheit eifrig und gewissenhaft benutzen, um thatächlich den Einfluß im Gemeindegewalt zu gewinnen, der freilich nicht dem größeren Besitz, wohl aber der mit Hilfe des größeren Besitzes etwa erworbenen höheren Befähigung und größeren Thätigkeit mit vollem Rechte gebührt. Der höher begüterte Theil unseres städtischen Bürgerthums soll sich nicht auf Wege verlassen lassen, ähnlich denen, auf welchen das Junkerthum so tief in die Irre gerathen ist. Die Junker waren es, welche sich nicht zutrauten, daß sie ihren alten Einfluß mit Hilfe von Eigenschaften behaupten könnten, die unter der Gunst eines hinlänglich großen, zumal eines von den Vätern ererbten Grundbesitzes freilich nur in der Seele und dem Charakter geistig strebsamer Jünglinge und Männer so reich sich zu entwickeln vermögen. Darum wählten sie das erbliche oder auch erkaufte, ihnen viel bequemer erscheinende, Privilegium der Väter ohne Erörtern, statt der so viel würdevolleren und kräftigeren Gestalt des durch eigene Arbeit und eigenes Verdienst erworbenen Einflusses. Das Bürgerthum hat sie wegen dieser Mißwahl mit vollem Rechte und lange genug verspottet. Es kann daher nicht ohne Verleugnung seiner eigenen besseren Vergangenheit eine, wenn auch nicht so vollkommen widersinnige, aber doch recht unweife und immerhin ähnliche Mißwahl treffen.

Allerdings will die schlesische Petition trotz ihres Beharrens auf der Dreiklassenwahl doch bei der Eintheilung in die drei Klassen nicht die Höhe der Steuereinschätzung allein entscheiden lassen. Sie erkennt nämlich die Gerechtigkeit der Beschwerde an, daß bei der „gegenwärtigen Dreiklassung“, die Präponderanz gerade der ersten Klasse häufig im Widerspruche stehe zu dem „Maße von Intelligenz

und Gemeinfinn ihrer Mitglieder“. Sie schlägt daher im Wesentlichen dasselbe Auskunfts-mittel vor, welches, wenn auch vielleicht oder wahrscheinlich irrtümlich, mir in meinem vom 18. April datirten Artikel der „Nationalzeitung“ vorgeschwebt. Sie meint nämlich, es lasse „sich vielleicht eine verhältnißmäßige Ausgleichung finden, wenn man analog den Ehrenbürgern, ohne Rücksicht auf den Steuer-satz, der ersten Klasse alle diejenigen hinzutreten ließe, welche längere Zeit in Stadt, Kreis oder Provinz Ehrenämter bekleidet haben, und wenn man hierbei die Bestimmung der Kategorien ortstatutarischer Festsetzung überließe.“

Ich hatte diesen Gedanken, weil er mir damals völlig neu war, nicht sofort an der Schwelle zurückgewiesen. Aber heute darf ich sagen, daß ich, wenn mir nur die Wahl bliebe zwischen dieser Mobilisation und zwischen der gegenwärtigen Gestalt des Dreiklassensystems, ich jene allerdings vorziehen würde. „Aber ich würde sie vorziehen mit dem niederdrückenden Bewußtsein, nur das geringere von zwei Uebeln, aber jedenfalls eine Einrichtung gewählt zu haben, die unserem deutschen Bürgerthum nicht zum Ruhme und unserem Vaterlande nicht zum Heile gereicht.“

## Deutschland.

N. Berlin, 28. April. Die Commission für die Städteordnung nahm heute die durch die Ferien unterbrochenen Beratungen wieder auf. Die ernannte Subcommission hat in der Zwischenzeit die Tit. VII. und VIII. „Von dem Gemeindehaushalt“ und „Von den Rechten und Pflichten der Behörden der Stadtgemeinden in Beziehung auf die Verwaltung der örtlichen Polizei und der allgemeinen Landesangelegenheiten“ einer Vorberathung unterzogen, deren Ergebnisse in formulirten Anträgen vorliegen. Diese wurden von der Commission der weiteren Verhandlung zum Grunde gelegt. Nach dem Antrage der Subcommission wurde zunächst ein Zusatzparagraph zu dem Tit. VI. dahin angenommen, „daß der Magistrat jährlich in öffentlicher Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung einen Bericht über den Gang und die Ergebnisse der gesammelten städtischen Verwaltung spätestens im dritten Monat nach erfolgtem Rassenabschlusse zu erstatten hat, von dessen mündlichem Vortrage indeß Abstand genommen werden kann, wenn derselbe durch den Druck vervielfältigt und jedem Bürger gegen Erstattung der Kosten zugänglich gemacht wird.“ Im § 97 ist der Bestimmung in der Verfassungsurkunde entsprechend an die Spitze des städtischen Etatsrechts der Satz gestellt: „Alle Einnahmen und Ausgaben der Stadtgemeinde müssen für jedes Jahr im Voraus veranschlagt und auf den Stadthaushaltsetat gebracht werden.“ Ein Antrag, auch dreijährige Etatsperioden, sei es für die gesammte Verwaltung, sei es für einzelne Geschäftszweige, nach Gemeindebeschluß zuzulassen, wurde abgelehnt. Der zweite Absatz des § 97 setzt dem Etat der Stadtgemeinde als solcher gegenüber die Etats derjenigen Anstalten, Stiftungen und Fonds, welche aus Gemeindegeldern unterhalten, oder mit Bedürfnis-

Lebensjahre nach einer Laufbahn, die als eine außergewöhnlich glückliche gerühmt werden muß. Er wurde in der Westminster-Abtei beigelegt, umweit von Goldsmith und Addison; die Nation hatte durch seinen frühen Tod einen großen schweren Verlust erlitten.

Es ist hier nicht der Platz, eine kritische Würdigung von Macaulay's Werken zu versuchen. Doch eine einzige Bemerkung über die Natur seiner geistigen Gabe gegenüber dichterischen Werken, und zwar aus seiner eigenen Feder mag hier Platz finden. Als er aufgefordert wurde, einen Essay über Walter Scott für die Edinburgh Review zu schreiben, lehnte er den Antrag mit folgenden Bemerkungen ab. Er schrieb: „Ein derartiger Essay müßte eine Kritik der großen Werke Scott's enthalten, und dieser Aufgabe fühle ich mich nicht gewachsen. Ich habe niemals eine Kritik eines dichterischen Werkes geschrieben, welche ich nicht verbrennen würde, wenn ich die Möglichkeit hiezu besäße. Haglitt pflegte von sich zu sagen, er sei nichts, wenn er nicht Kritiker sein könnte. Bei mir findet gerade das Entgegengesetzte statt. Ich genieße Werke der Einbildungskraft, dichterische Schöpfungen mit voller Wärme, allein ich konnte mich niemals daran gewöhnen, dieselben zu seciren. Vielleicht genieße ich dieselben aus diesem Grunde noch viel mehr. Bücher, wie Lessings Laocoon, und solche Stellen, wie zum Beispiel die Kritik Hamlets im „Wilhelm Meister“ erfüllen mich mit Bewunderung und Verzweiflung.“

Dieses Selbsturtheil Macaulays begreift sich vollständig, wenn man alle seine Werke studirt. Obgleich er Einbildungskraft genug besaß, so war dieselbe doch nicht von der Gattung, um in das Individuelle eines einzelnen Charakters als persönlichliches oder als poetisches Gebilde sich ganz einzuleben; seine Einbildungskraft, sein Verstand sahen in jedem Charakter, in jeder Schöpfung des Geistes bloß das Individuum in seiner Unterordnung an den Staat und an die große Gemeinsamkeit der politischen Vereinigung, in welcher der denkende Mensch lebt und für welche er arbeitet. Ein poetisches Gebilde in einer imaginären, nicht realen und nicht politischen Welt konnte er daher nicht vollständig würdigen und niemals gänzlich verstehen.

**Macaulay. III.\*)**  
Der Gedanke, ein großes Werk, die Geschichte Englands von der Zeit der „ruhmvollen Revolution“ bis zum Tode George IV. zu schreiben, nahm von dem Jahre 1841 an vollständig die Gedanken Macaulay's in Anspruch. Er ließ sich durch die glänzendsten politischen Anträge und Combinationen nicht mehr von dieser Arbeit füren, und als hätte er eine Vorahnung gehabt, daß sein Leben kaum ausreichen würde, um seinen Plan zur Ausführung zu bringen, schreibt er an Napier, den Redacteur der „Edinburgh Review“, um diese Zeit Folgendes: „Nunmehr, da ich ernstlich mit einem großen Werke beschäftigt bin, welches wahrscheinlich die Hauptbeschäftigung der Jahre bilden wird, die mir noch in Gesundheit und geistiger Frische bleiben, finde ich, daß ich meine Stoffe zu Reviews mit einiger Rücksicht auf meine Geschichte auswählen muß. Ich würde nämlich nicht gerne einen Artikel über einen Gegenstand schreiben, den ich später als Geschichtsschreiber wieder zu berühren hätte, da ich sonst in Gefahr käme, mich wiederholen zu müssen. Aufrecht gestanden gönne ich Ihnen kaum Westminsters Hall in dem Essay über Warren Hastings. Andererseits hingegen giebt es sehr viele politische Ereignisse und bedeutende Persönlichkeiten, welche in meiner Geschichte wenig oder gar keinen Platz finden werden, und mit welchen ich mich doch im Laufe meiner Studien genau vertraut machen muß. Es giebt kaum ein besseres Beispiel hierfür als Friedrich II. von Preußen. Die persönlichen Studien, der Charakter, die Sitten und literarischen Freunde dieses Monarchen, sein Streit mit Voltaire, seine Freundschaft für Maupertius und seine eigen-thümliche, unglückliche Metromanie werden in meiner Geschichte Englands nur sehr geringen Platz einnehmen können. Allein ich muß dennoch sämtliche Memoiren und alle Werke Friedrich's studiren, da seine Regierung in einem großen Kriege sehr bedeutend mit den Interessen Englands verknüpft war. In dieser Weise würden meine Reviews aus meinen historischen Studien Nutzen ziehen, ohne den Lesern vorzugreifen, oder das Geschichtswerk selbst zu verzögern.“

Mit großem Gleichmuth nahm er den Verlust

seines Sitzes für Edinburgh auf, den er verloren hatte, weil er in seinem Werke die Sitten der Schotten im 17. Jahrhundert wahr, aber nicht sehr schmeichelhaft für die heutigen Bewohner jenes Landes geschildert hatte. Einige Jahre später aber erkannte die Edinburgher Bürger, daß sie nicht sehr weise gehandelt hatten, und wählten Macaulay, ohne daß er für den Sitz candidirte.

Wie viele Mühe Macaulay auf alle, selbst die kleinsten Details seines Werkes verwandte, kann man daraus ersehen, daß er, um die Bevölkerung von Leeds zur Zeit Carl des Zweiten festzustellen, mehrere Reisen dahin unternahm und in den Bibliotheken daselbst alle darauf bezüglichen Daten tagelang untersuchte und prüfte. Macaulay gehörte zu der Klasse von Schriftstellern, welche ihre Bücher auf das aller sorgsamste feilen: er schrieb zuerst einen Brouillon, an welchem er so viel änderte und ausrichtete, daß von dem ursprünglichen Concepte nur wenig übrig blieb. Dann erst besorgte er selbst eine Correctur, welche ungefähr zwei Druckseiten täglich ausmachte. Dies nannte er sein Pensum, und er fühlte sich niemals wohl, wenn er dasselbe nicht jeden Tag vollendet hatte. Allein selbst wenn sein Manuscript bereits gedruckt war, hatte er nicht das geringste Bedenken, ein ganzes Capitel vollständig umzuarbeiten, wenn ihm entweder eine bessere Eintheilung seines Stoffes oder ein neuer Gedanke, ja häufig selbst ein einzelner Ausdruck nicht klar und präcis genug erschien.

Der erste Band der Geschichte erschien und der Erfolg war ein unerhörter. Eine Auflage folgte auf die andere, Leute, die sonst selten ein geschichtliches Werk in die Hand nahmen, Frauen, die nur nach fashonablen Romanen greifen, rissen sich förmlich um das Buch. Mehr als zwanzig Tausend Exemplare gingen in den ersten Wochen ab, und die Leihbibliotheken kauften ganze Auflagen. Bis zum Tode des Verfassers hatten Longmans 144 000 Exemplare der Geschichte allein verkauft, und noch jetzt setzen die Verleger in gewöhnlichen Jahren 70 Exemplare sämtlicher Werke Macaulay's per Woche ab.

Nach Vollendung des ersten Bandes erklärte Macaulay, er könne sein Werk nur dann nach seinem Sinne fortsetzen, wenn er persönlich den Schauplatz der Begebenheiten, welche er zu beschreiben und zu schildern sich vorgenommen hatte,

besucht haben würde; er müsse durch eigene Anschauung die Zeit Williams III. kennen lernen, und zu diesem Zwecke Holland, Belgien, Schottland, Irland und Frankreich besuchen; die holländischen und französischen Archive wolle er genau durchstöbern, dann erst würde er sich seiner Aufgabe gewachsen halten. Und so rüstete sich Macaulay zu einer Reise, die achtzehn Monate in Anspruch nahm, und auf welcher er von Trevelyan, seinem Neffen und jetzigen Biographen begleitet wurde.

Allein die Anstrengungen seiner Arbeiten hatten bereits begonnen seine Gesundheit zu untergraben, und auch die Reise übte keinen wohlthätigen Einfluß mehr aus. Schon im Jahre 1852 schreibt er, daß er inmitten seiner Triumphe gar nicht wohl sich befinde, daß er oft in übler Laune sei, und nicht schreiben könne. Oft gebe es Monate, in welchen er keine Seite zu schreiben im Stande wäre, dann konnte er wieder zwölf Stunden hinter einander arbeiten. Doch die Hoffnung, sein großes Werk vollenden zu können, gab er niemals ganz auf. Er arbeitete täglich, wenn es ihm seine Gesundheit gestattete, im British Museum und zwar in der Abtheilung, welche man die „Königs-Bibliothek“ nennt. Da er einer der Trustees des britischen Museums war, so konnte er sich seine Bücher selbst von den Schränken holen, die einzige Bevorzugung, welche die Trustees besitzen. Ein Buch aus dem britischen Museum fortzunehmen, ist bekanntlich Niemand, ohne allen Unterschied, gestattet. Im Jahre 1856, als die ersten drei Bände der Geschichte erschienen waren, befand sich Macaulay auf dem Höhepunkte seines Ruhmes. Die gewählteste Gesellschaft drängte sich in sein Haus, und im Jahre 1857 erhielt er die größte äußerliche Auszeichnung, die einem Engländer von der Königin erwiesen werden kann, indem er in das Haus der Lords aufgenommen wurde.

Seine letzten Lebensjahre verlebte er inmitten seiner Bücher in einem reizenden Landhause in Kensington, geehrt von seinen Zeitgenossen mehr als irgend ein anderer Schriftsteller, von den bewährtesten Freunden umgeben, im Besitze äußerer Glücksgüter, die er zu genießen verstand, und vielleicht ohne einen Feind. So trat der Tod an ihn heran, und Macaulay starb am 24. Dezember 1859 im sechzigsten

\*) S. No. 9695 und No. 9697 d. Z.



zufüssen bedacht, oder mit Gewährleistung der Stadt verwaltet werden, und deren Verwaltung zugleich durch Gemeindevorstände geführt wird. Auch die Einnahmen und Ausgaben dieser Anstalt zc., welche den Charakter besonderer juristischen Persönlichkeiten haben können, sollen in den Staatshaushaltsetat aufgenommen werden, soweit nicht vertragsmäßige Rechte und Stiftungsbestimmungen entgegenstehen. Diese Vorschrift, durch welche ein klarer einheitlicher Etat geschaffen wird, entspricht den Beschlüssen, welche die Reichstagscommission bei Berathung des Gesetzes betreffend die Einnahmen und Ausgaben des Reichs, angenommen hat. Anträge, welche bezwecken, nur die Ueberflüsse und Zuschüsse solcher Anstalten zc. in den Etat aufzunehmen, und die Specialstats derselben nur als Nachweisungen dem Etat beizufügen, wurden abgelehnt, weil es das Statsrecht erfordert, daß auch diese Specialstats der Feststellung der städtischen Collegien unterliegen. Nach § 98 soll die Feststellung des vom Magistrat zu entwerfenden und spätestens 6 Wochen vor Beginn des Statsjahres der Stadtverordneten-Versammlung mit den erforderlichen Erläuterungen vorzulegenden Stats durch Gemeindevorstand erfolgen, also durch übereinstimmenden Beschluß beider städtischen Collegien. Wird bei den Verhandlungen über die Feststellung des Stats Seitens des Magistrats oder der Stadtverordneten-Versammlung die Aufnahme eines Betrages in den Etat verweigert, so kann hiergegen die Entscheidung des Verwaltungsgerichts angerufen werden, wenn behauptet wird, daß die Aufnahme in den Etat nach Gesetz, Gemeindevorstand oder sonstigem Rechtstitel erfolgen müsse. Ist eine Einigung über das vermuthliche Erträgnis eines nach Gesetz, Gemeindevorstand oder sonstigem Rechtstitel in den Etat aufzunehmenden Einnahmetitels nicht zu erreichen, so soll der Betrag durch gemeinsame Abstimmung in einer Sitzung beider Gemeindevorstände festgestellt werden. Durch diese Bestimmungen sind diejenigen Fälle hervorgehoben, in welchen nach der Meinung der Commission bei der Feststellung des Stats bei nicht erzielter Einverständlichkeit beider Collegien Abhilfe geschaffen werden muß; und zugleich die Wege angegeben, auf welchen dieses Ziel erreicht werden soll. In den übrigen Fällen gilt auch hier die allgemeine Regel, daß, wo ein übereinstimmender Beschluß beider städtischen Collegien nicht herbeizuführen ist, die den Gegenstand der Meinungsverschiedenheit bildende Angelegenheit auf sich beruhen bleibt. Die §§ 99, 100, 101 handeln von der Verpflichtung des Magistrats, die Verwaltung nach dem Etat zu führen, von den vorzunehmenden Revisionen und der Jahresrechnung. Dieselben wurden überall nach den im Wesentlichen mit der Regierungsvorlage übereinstimmenden Beschlüssen der Subcommission angenommen. Ein neuer § 101a bestimmt, „daß über alle Theile des Stadtvermögens vom Magistrat ein Lagerbuch zu führen, und dieses der Stadtverordnetenversammlung bei Vorlegung der Jahresrechnung mitzutheilen ist.“ Zu bemerken ist, daß nach den Beschlüssen der Commission es überall vermieden ist, bestimmte Kalenderzeiten und danach bemessene Fristen für die Vorlegung des Stats und die Rechnungslegung aufzunehmen, vielmehr die Fristen überall auf den Beginn des Statsjahres bezogen sind, weil nach dem Vorgange im Reich und im Staate Preußen auch die Stadtgemeinden ihr Statsjahr werden verlegen müssen. Der Rest des Titels wurde im Wesentlichen unverändert nach der Regierungsvorlage angenommen; und ein Antrag zu § 103, Bestimmungen über die Besteuerung der Militärpersonen, der Beamten, Forensen, juristischen Personen u. s. w. aufzunehmen, abgelehnt, weil diese Materie dem nach der Erklärung des Regierungskommissars in eifriger Vorbereitung begriffenen Communalsteuergesetz vorbehalten bleiben soll.

Die im Reichstagskanzleramt gegenwärtig in Gang gesetzten Vorarbeiten zur einheitlichen Regelung des Apothekenwesens treffen, wie man hört, auf mancherlei Schwierigkeiten. Das Reichstagskanzleramt hat von den Einzel-Regierungen Nachweisungen über den Stand der Apotheken in den einzelnen Ländern und zwar, wie es sich Anfang des Jahres 1867 und 1871 gestellt hatte, eingefordert und in dem Begleitschreiben schon kundgegeben, was eigentlich noch festzustellen ist. Eine eigene, schwer zu entscheidende Frage bildet die Bestimmung über die Ordnung der Concessionsverhältnisse, und hier gerade bietet der vom Bundesrathe angenommene Bericht eines Ausschusses für Handel verschiedene Lücken, die jetzt erst auszufüllen sind. Allen Anschein nach wird der über den Gegenstand sprechende Gesetzentwurf dem allerdings schon mit Arbeiten überlasteten Reichstage noch nicht zugehen und die bald sieben Jahre schwebende Angelegenheit noch etwas länger in der Schwebe bleiben.

Der Abg. v. Cuno hat zu dem Gesetzentwurf, betreffend die evangelische Kirchenverfassung, folgenden Abänderungsantrag gestellt: 1. in Artikel 12 den von der Commission beschlossenen dritten Absatz: „Widerspricht ein Kirchengesetz oder eine kirchliche Verordnung einem Staatsgesetz, so wird der Widerspruch durch königliche Verordnung auf Antrag des Staatsministeriums beseitigt“ — zu streichen, 2. eventuell, für den Fall der Annahme dieses Absatzes, ihn zu fassen, wie folgt: „Bestimmungen eines Kirchengesetzes oder kirchlichen Verordnung, welche in Widerspruch mit einem Staatsgesetz stehen, sind ungültig. Sie können durch einen königlichen Erlass ausdrücklich für ungültig erklärt werden. Die Prüfung der Rechtsgültigkeit dieses Erlasses unterliegt nicht den im Artikel 106 der Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850 vorgeschriebenen Beschränkungen.“

Wochen-Auszugs der deutschen Notenbanken vom 22. d. M.: Der gesammte Cassenbestand der 19 Zettelbanken belief sich auf 730 901 000 Mk. (gegen die Vorwoche mehr 6000 Mk.), der Bestand an Wechseln betrug 646 309 000 Mk. (gegen die Vorwoche + 5 277 000 Mk.), die Lombardforderungen umfaßten im Ganzen 94 864 000 Mk. (gegen die Vorwoche — 781 000 Mk.), der Notenumlauf aller Banken mit 893 155 000 Mk., ist um 4 743 000 Mk. geringer als in der Vorwoche, die täglich fälligen Verbindlichkeiten betragen sich auf 172 852 000 Mk. (gegen die Vorwoche + 12 709 000 Mk.). Die Verbindlichkeiten, welche an eine Kündigungsfrist gebunden sind, betragen 175 565 Mk. (gegen die Vorwoche — 238 000 Mk.).

Am 25. April dieses Jahres fand die erste öffentliche Verhandlung vor dem neu eingerichteten königlichen Ober-Verwaltungsgericht statt. Die erste zur Verhandlung gelangte Sache betraf die Wählbarkeit des Reichstags-Abgeordneten Sombart zum Provinzial-Landtags-Abgeordneten. Die betreffende Wahl war vom sächsischen Provinzial-Landtag selbst für gültig erachtet, und hiergegen von einem Mitgliede des Kreisrathes des Mansfelder Gebirgskreises, Grafen v. d. Asseburg, Klage bei dem Ober-Verwaltungs-Gerichte erhoben worden. Der Gerichtshof wies die Klage ab, so daß die betreffende Wahl nunmehr definitiv für gültig erklärt ist.

Gerichte, monach der Umbau des Radzivilischen Palais in der Wilhelmstraße einzuweilen fiktirt worden, weil es in der Absicht liege, den Bau nach einem andern Project auszuführen, erweisen sich der „Trib.“ zufolge als ungegründet. Es wird im Gegentheil der Bau sehr eifrig gefördert, und zwar nimmt Fürst Bismarck daran ein sehr lebhaftes Interesse, welches sich durch die mannigfaltigsten Anordnungen documentirt. Der frühere Plan ist durchweg festgehalten. Uebrigens bleibt die äußere Facade des Palais, wie dies vorweg beschlossen war, unverändert beibehalten. Der Entwerfer des Baues läßt sich freilich zur Zeit noch nicht absehen.

Solmar, 25. April. Die Mitglieder des neu eingerichteten Gewerbegerichtes haben sämmtlich den Eid verweigert.

#### Oesterreich-Ungarn.

Meran, 24. April. Seit beinahe vierzehn Tagen strömt der Regen mit nur geringen Unterbrechungen fast beständig danieder, und die vielen fremden Gäste, welche hierher eilen, um die in Büchern hochgepriesene Bracht des Meraner Frühlings zu genießen, wandeln mühsam und enttäuscht in Regenströmen und heftigen Windstößen umher, oder wenden eiligst dem unangenehmen Orte wieder den Rücken. Diese Regenfluthen haben schon gar arge Vermüthungen im Hochgebirge angerichtet, mehrere Bauernhöfe wurden die Ackerfelder zerstört oder herabgeschwemmt, Brücken wurden durch die wildtösenden Berggewässer fortgerissen, die Kirche zum „Einsiedler“ unweit Meran ist durch mächtige Felsblöcke, die herunterrollten, arg zerstört, und die Straßen von hier nach Bozen und nach dem Vinschgau wurden gestern durch Schneelawinen theilweise unpassbar gemacht, so daß der Verkehr sehr gehemmt war. Die bösen Folgen der unverständigen Waldverwüsthungen auf allen Gebirgen von Südtirol zeigen sich durch alle solchen Vorkommnisse jetzt immer deutlicher, das Klima verschlechtert sich alljährlich mehr und mehr, von den fahlen Bergen brausen die Stürme und donnern die Schlanen- und Schuttlawinen ungehindert immer stärker, und auch Meran verliert mit vollem Recht seinen früheren Ruf als klimatischer Curort stets mehr und mehr.

#### Frankreich.

Paris, 27. April. Der Urlaub des Herrn Ricard verlängert sich dermaßen, daß man ungeduldig zu werden beginnt. Es giebt Leute genug, die sich fragen, ob nicht der Minister des Innern sich in seiner Stellung unsicher fühle und ob nicht jener Urlaub die Einleitung zu seinem Rücktritt sei. Gewiß ist, daß Ricard sich länger fern hält als für seine Popularität gut ist; die Beweise der Sympathie, welche er in seiner engeren Heimath empfängt, dürften ihn über die allgemeine Stimmung täuschen. Im Gegenfatz zu Waddington, der durch seine Rede in der Sorbonne bedeutend im öffentlichen Ansehen gewachsen ist, verliert Ricard an Prestige. Die Zeitungen klagen wieder über seine Langsamkeit; man will nicht zugeben, daß ein Minister, der so neu in einem Amte, wo es so viel zu thun giebt, so schnell das Bedürfnis einer langen Erholung empfindet. Die „Republique“ beschwert sich abermals über die Verzögerung des verprochenen dritten Präfectenschubs, wozu ihr das selbstsame Benehmen Lizot's, des neuen Präfecten von Lille, Anlaß giebt. Lizot hat geruht, die Verlegung von Rouen nach dem Nord-Departement anzunehmen, weil, wie man sagt, der Marschall-Präsident ihn gebeten hat, „keinen Scandal zu machen.“ Aber er hat, heißt es weiter, nicht einmal sein Gepäck nach Lille kommen lassen und ist sofort mit Urlaub von dort abgereist, fest entschlossen, nicht zurückzukehren. Das alles sind kleine Geschichten, wenn man will, aber sie schaden dem Minister, von dem gesagt werden kann, daß seine Untergebenen sich ungefragt über ihn lustig machen. Da überdies die Journale, welche mit einer verzweifelten Eintönigkeit in jeder Nummer die bevorstehenden Änderungen in den Präfecturen melden, diesmal von keinem Beamten reden, der wirklich abgehakt werden sollte, so läßt sich vermuthen, daß nur ein Stellentausch beabsichtigt ist. Damit würde Ricard nur neue Unzufriedenheit erregen. „Diese widerpenstigen Beamten, sagt die „Republique“, welche dem Minister ihre Unterstützung vorenthalten und gelegentlich in hochfahrendem Tone reden, sind durchaus nicht die Leute, deren es bedarf, um die Autorität der Verwaltung zu kräftigen. Herr de Broglie hätte sie sicherlich nicht gebildet, wenn Herr Ricard nicht unter de Broglie stehen will, darf er sie ebensowenig dulden.“ Die Session der General-Assemblee behält ihren ruhigen Charakter. In Lyon hat ein Mitglied des Generalrathes die Amnestie zur Sprache gebracht, indem er der Versammlung vorschlug, den Wunsch nach einer vollständigen Amnestie auszusprechen. Die Deputirten Andrieux und Durand erwiederten jedoch, diese Angelegenheit gehöre vor die Kammern, denen man die Entscheidung überlassen möge. Der Antrag wurde darauf an eine Commission verwiesen. — Der Finanzminister Leon Say hat sich nicht weniger als Waddington den Zorn der Ultramontanen zugezogen, indem er, im Interesse des Fiskus, von den katholischen Arbeiter-Vereinen die Zahlung der Vereinssteuer verlangt und mehreren Entscheidungen geringerer Instanzen gegenüber die Sache vor den Staatsrath bringt. „Diese Hartnäckigkeit, sagt der clericale „Monde“, muß die peinlichste Gedanken hervorrufen.“ Die Vereinssteuer ist i. J. 1871 eingeführt worden und betrifft alle Gesellschaften und Vereine, die nicht ausschließlich einen wissenschaftlichen, künstlerischen oder Wohlthätigkeitszweck verfolgen. Zu keiner dieser drei Ausnahme-Categorien glaubt Leon Say die katholischen Arbeitervereine, die bekanntlich politisch-religiöse Bestrebungen unter dem Vorwand geselliger Zusammenkünfte verstecken,

rechnen zu dürfen. — Die schlechte Lage der französischen Handelsmarine hat schon zu vielen Beschwerden geführt; die Rheden der verschiedenen Häfen machen jetzt einen energischen Versuch, die neuen Kammern für ihr Schicksal zu interessiren. Der Congress der Handelsmarine hat eine Adresse an den Senat und die Deputirtenkammer gerichtet, worin er die Schiffahrtszustände in dunkeln Farben schildert, und eine Deputation begab sich dieser Tage zu Thiers, um seine Verwendung anzufordern. Thiers versprach die Vorschläge, die zur Verbesserung des Seehandels gestellt werden sollen, nach Kräften zu vertheilgen. — Das Gericht von der Abberufung Nigra's ist in den hiesigen politischen Kreisen mit Unglauben aufgenommen worden. Obgleich der italienische Gesandte seine Freunde hat, die ihn des Bonapartismus und der Feindseligkeit gegen Frankreich beschuldigen, so ist er doch im Ganzen so beliebt, daß man seine Entfernung höchst ungern sehen würde. Namentlich ist dies im Ministerium des Aeußeren der Fall. Man schmeichelt sich denn auch, daß die italienische Regierung auf die Wünsche des hiesigen Cabinets Rücksicht nehmen wird. Eine Depeche aus Rom stellt übrigens in Abrede, daß man dort schon einen Entschluß gefaßt habe. — Der materielle Schaden, der durch den Theaterbrand in Rouen veranlaßt worden, wird auf 2 Millionen geschätzt.

#### Spanien.

Der Prinz von Wales wurde vom König Alfons der strengen spanischen Hoffitte entgegen am Bahnhof empfangen. Auf der Terrasse des Palais erwartete die Prinzessin von Asturien mit ihren Damen den Ankömmling. Die Unterhaltung war englisch. Nach einem leichten Frühstück lud der König den Prinzen zu einer Spazierfahrt durch die Parkanlagen des Prado und Buen Retiro ein. Das beabsichtigte Stiergefecht wird nicht Statt finden, weil der Prinz von Wales selbst Mitglied eines Vereins zur Unterdrückung ähnlicher Grausamkeiten ist. In Lissabon, wo der Prinz nach den vorläufigen Bestimmungen vom 1. bis zum 7. Mai verweilen wird, hat man ein großes Concert, Stadterleuchtungen, Feuerwerk, einen Ball, eine Parade und ein Festgelage zur Feier des hohen Besuchs in Aussicht genommen.

#### Italien.

Rom, 25. April. Das Amtsblatt enthält ein königliches Decret, das von dem Minister des Innern, Baron Nicotera, unterzeichnet ist, nach welchem ein Ausschuss von neun Mitgliedern, die ihren Präsidenten selbst zu wählen haben, ernannt worden ist, um alle, die Geschichte der politischen Wahlen in Italien betreffenden statistischen Elemente zu sammeln und Vorschläge zu Reformen für das Wahlgesez auszuarbeiten. Ein zweites heute publicirtes königliches Decret ordnet auf den Vorschlag Nicotera's die Einsetzung einer zweiten Commission an, welche prüfen soll, auf welche Weise die Einkünfte aus den frommen Stiftungen besser zu verwenden seien, damit der Zweck der Stifter, den „Armen“ wohlzutun, wirklich erfüllt werde. Die Gegner des Ministeriums bleiben dabei, daß der Präfectenschub und das erste Decret darauf abzielen, im Herbst die Kammer aufzulösen und neue Wahlen auszufahren. Nimmt man in Erwägung, daß eine nicht unbedeutende Anzahl der sogenannten liberalen Alerzalen, welche das Ministerium Minghetti wegen dessen Finanzpolitik mit stürzen halfen, in der Kirchenpolitik das gegenwärtige Cabinet bekämpfen werden, so erscheint es allerdings für letzteres notwendig, an das Land zu appelliren, da die Mehrzahl jener Herren ihre Wahl den Minghetti ergebenen Präfecten veranlaßt. — Auf den Vorschlag des Unterrichtsministers hat der König die Wahl folgender auswärtiger Staatsmänner und Gelehrten zu Mitgliedern der Akademie bei Lincoi genehmigt: Bluntschli in Heidelberg, Mommsen, Ranke, Zeller in Berlin, Boet in Amsterdam, Gladstone in London, Marsch-Betrins z. B. in Rom, Mignet und Thiers in Paris. Der Präsident der Akademie, Signor Quintino Sella, veranstaltete vorgestern zu Ehren des Feldmarschalls Grafen Moltke und des Professors Mommsen eine feierliche Sitzung derselben, welcher auch Hr. v. Reudell, die Professoren des deutschen archaischen Instituts, sowie die Minister Mancini, Coppino, Nicotera und Majorana beizohnten. Vor Beginn der Sitzung ergrüßte Herr Sella die Akademie, dem berühmten Marschall durch Aufstehen einen Beweis ihrer Ehrfurcht zu geben. Sie erhoben sich sämmtlich beim Eintritt Moltke's und machten ihm eine tiefe Verbeugung; der Marschall aber dankte ihnen mit warmen Worten, gab jedoch zu erkennen, daß sie ihm zu viel Ehre anthäten. Dieses bescheidene Auftreten hat ihn bei den Italienern noch beliebter gemacht. Die Tagesblätter sind voll von seinem Lobe und eines derselben hebt mit Recht hervor, daß die Bescheidenheit die rechte Schwester des Verdienstes sei! Abends boten Herr Sella und seine Collegen den beiden Gästen im Hotel zum Quirinal ein Diner an, bei welchem er ihnen ein Lebehoch ausbrachte, worauf Beide mit einem Trinkspruch auf den König, auf Italien und auf die Akademie antworteten. Das französische Blatt „Italie“ behauptet, Mommsen hätte in seinem Vortrage ausgeführt, daß die lateinischen Racen in Verfall seien, die Wissenschaft dagegen jetzt in Deutschland ihren Wohnsitz aufgeschlagen habe, der amfende Präsident der hiesigen französischen Akademie, Herr Geraufroy, aber hätte ihn abgefertigt und ihm entgegen gehalten, daß die Wissenschaft keine Heimath habe. Das Blatt scheint aber die Worte Mommsens absichtlich entzweit zu haben, um seinen Unwillen darüber an den Tag zu legen, daß man den beiden berühmten „Deutschen“ hier so große Ehren erweist.

#### England.

London, 26. April. In Sachen der „Francia“ wurde heute in der Admiraltätsabtheilung des hohen Gerichtshofes der Antrag genehmigt, daß die von den Eignern der „Francia“ hinterlegte Bürgschaftssumme (ungefähr 26 000 £.) in Schadbons angelegt werden dürfe. — Die „Internationale Kunstausstellung“ ist seit heute dem Publikum geöffnet. Unter den ausgestellten Gemälden und Bildhauerarbeiten stammen 105 aus Belgien, 85 aus Frankreich, 74 aus Italien, 52 aus England, 45 aus Deutschland, 15 aus Holland und je 2 aus Norwegen und Spanien. Da jedoch aus keinem der genannten Länder die hervorragendsten ihrer Künstler vertreten sind, läßt diese Ausstellung sich durchaus nicht als Maßstab dessen

betrachten, was die obengenannten Länder gegenwärtig in künstlerischer Beziehung zu leisten vermögen. — So viel hier bekannt, wird der Besuch der Kaiserin Augusta in Windsor etwa eine Woche währen.

Je mehr Depeschen von Barbadoes eintreffen, desto klarer wird es, daß die ersten Nachrichten über den dortigen Aufstand der Eingeborenen gegen die Weißen stark übertrieben waren. Unwillkürlich denkt man an die Scenen, die unter Gouverneur Eyre vor einigen Jahren in Jamaica stattfanden; und die lange in Colonien gelebt haben, denken mit Schauern an den Schrecken, den auch nur der leiseste Verdacht eines Aufstandes der Schwarzen unter den Pflanzern hervorzurufen pflegt. Zum Glück stehen die westindischen Inseln gegenwärtig untereinander und mit Europa in rascher telegraphischer Verbindung, wodurch Truppenzüge und das Einholen von Verwaltungsbefehlen schnell ermöglicht sind. Daß der derzeitige Gouverneur, Herr Hennessy, durch unvorsichtige Aeußerungen die Eingeborenen aufgeschreckt haben mag, ist immerhin möglich. Daß er jedoch absichtlich gethan haben sollte, wie manche seiner erhitzen Gegner behaupten, wird Niemand glauben, der seine politische Vergangenheit kennt.

Die Staats-Einnahmen in den ersten drei Wochen des Verwaltungs-Jahres, welche sich 1875 auf 5 688 597 Lstr. beliefen, betragen in diesem Jahre im gleichen Zeitraum nur 4 803 836 Lstr.

#### Rumänien.

Bukarest. Erbaulich wird der Verkehr der diplomatischen Vertreter in Bukarest mit dem neu ernannten Minister des Aeußern Cornea wohl nicht sein. Derselbe spricht außer der Landessprache keine einzige Sprache, nicht einmal französisch, und bei seinen Besuchen, die er am 21. d. den Consuln abstattete, mußte er sich des Protokollführers des Ministerrathes als Dolmetsch bedienen.

#### Danzig, 30. April.

\* Nach einer Verfügung des General-Postamts sind Zweifel darüber entfallen, ob das vom Publikum in letzter Zeit häufiger und namentlich beim Massenverkauf von Drucksachen angewandte Verfahren, die Adressen der Sendungen nicht handschriftlich, sondern durch Aufkleben kleiner gedruckter Zettel herzustellen, auch bei Postkarten zulässig sei, während nach den vorhandenen Bestimmungen überklebte Postkarten sonst von der Postbeizung ausgeschlossen seien. Mit Bezug hierauf wird nun bemerkt, daß es gestattet sein soll, derartige Adresszettelchen auch auf Postkarten zu kleben. Alle anderen Ueberlegungen, insbesondere solche, welche auf der Rückseite Geschriebenes oder Gedrucktes verdecken, sind nach wie vor unstatthaft und derartige Postkarten den Abendern zurückzustellen.

— Cula a. W., den 28. April 1876. Gestern wurde unsere Stadt durch den Besuch des Reg.-Präsidenten v. Kottwitz erfreut, welcher in Gemeinschaft mit dem Herrn Reg.-Schulrath Dr. Scholz aus Marienwerder hierher gekommen war, um hier an Ort und Stelle mit den städtischen Behörden namentlich über die von diesen eingebrachte Petition, betreffend die Errichtung einer höheren Simultan-Töchter-Schule hier selbst, unmittelbar zu conferiren. Zu diesem Besuche fand eine gemeinsame Sitzung in der Aula der höheren Bürgerschule statt, an welcher sich außer den Eingangs-geachteten Persönlichkeiten noch der Herr Landrath v. Starchfeld, so wie mehrere Mitglieder des Magistrats und der Schuldeputation, der Gymnasialdirector Dr. Tschasch, Pfarrer v. Boblodi und Stadtverordneten-Vorsteher Justizrath Knorr theilnahmen. Der Hauptgegenstand dieser Sitzung, die Errichtung einer höheren Simultan-Töchter-Schule an hiesigen Orte wurde in die eingehendste und gründlichste Berathung gezogen und wie wir in Erfahrung bringen, soll das Resultat das gewesen sein, daß mit großer Majorität am hiesigen Ort die Errichtung einer städtischen höheren Töchter-Schule beschlossen worden und dieselbe spätestens mit dem Oftertermin 1877 ins Leben treten soll. Der Etat dieser Schule ist demnach auf jährlich 13 000 Mark normirt worden, zu welchem der Staat jährlich 3000 Mark und die Stadt gleichfalls 3000 Mk. contribuiren, und die übrigen 7000 Mk. durch das Schulgeld erbracht werden sollen, das man pro Kind und Jahr auf 60 Mk. festsetzte. Es ist nicht zu leugnen, daß dieser Beschluß von der größten Bedeutung für unsere Stadt ist; denn während für unsere Söhne gerade in den hiesigen so zahlreichen Bildungsanstalten in der umfassendsten Weise gesorgt worden, vermissen wir leider für unsere Töchter eine gleiche höhere Bildungsanstalt, und Niemand wird verkennen, daß die gründliche Ausbildung der Mädchen gerade jetzt mit in erster Reihe auf der allgemeinen Tagesordnung steht. Und was wir ferner gerade für unseren Ort wie bei allen andern Dingen so aber namentlich für unser gesammtes Schulwesen betont haben und stets betonen werden, ist die unbedingte Forderung, daß das nationale deutsche Wesen mit deutscher Bildung, mit deutscher Zucht und Sitte ausschließlich durch unsere Schulen gebe und nur für dieselben die ausschließlich pflanzstätten bilden. Wenn wir hiernach nicht in der Lage sind, diese unsere erste Cardinalforderung in der hier bereits bestehenden höheren Töchter-Schule, welche mit dem betreffenden Pensionat des hiesigen Klosters der barmherzigen Schwestern in Verbindung steht, zu finden, so sind wir doch auch auf der anderen Seite weit davon entfernt, auf dem Gebiete der praktischen Verwaltung den reinen Idealisten zu spielen. Wenn die in sonst glücklicher Weise überwundenen Schulregulativen ja auch ihre großen Mängel hatten, so hatten sie doch mindestens das Gute, daß sie der Wahrheit des Sagtes die Ehre gaben, die Schulen sollen sich den localen Bedürfnissen anschließen. Das Bedürfnis nach einer höheren Töchter-Schule ist am Orte entschieden vorhanden, eben ist der Ort auch in der Lage, in der angegebenen Weise auf seine vorzugsweise Rechnung und Verantwortlichkeit eine städtische höhere Töchter-Schule zu gründen? Diese Frage wollen demnach die städtischen Behörden in die reichliche Erwägung ziehen, damit nicht das Bessere der Feind des Guten werde. Die Steuerbehörde hat hier wahrlich wohl schon ihren höchsten Punkt erreicht und sie der Schulen wegen — so dringend geboten dies auch erscheinen mag — noch mehr anzuheben, heißt in der That nichts andres, als die gesammte Bürgerschaft geradezu ruiniren. Wir werden Gelegenheit haben, auf diesen so höchst wichtigen Gegenstand noch mehrfach zurückzukommen, um vor allem zu zeigen, daß es vorzugsweise Sache des Staates ist, der Stadt gerade auf diesem Gebiete die kräftigste Unterstützung zu Theil werden zu lassen.

— Der Kreisger.-Director Gruczenski in Sensburg ist in gleicher Amtseigenschaft an das Kreisgericht in Strehlen verlegt. Zu Kreisger.-Directoren sind ernannt: der Kreisger.-Rath Weisenmiller in Inowrazlaw bei dem Kreisgericht in Sensburg und der Kreisger.-Rath Schellbach in Myslowitz bei dem Kreisgericht in Rantzenau. Der Kreisrichter v. Kalltenborn in Sensburg ist an das Kreisgericht nach Johannisburg verlegt. Der Staatsanwaltschaftliche Boswinkel in Marienwerder ist an die Staatsanwaltschaft des Kreisgerichts in Halle a. S. verlegt.







## Ca. 500 Wollsäcke, Ca. 500 Drillichsäcke

in verschiedenen Qualitäten und in kleinen Partien  
à 25-100 Stück prima Qualität verkaufe um mit  
diesen Qualitäten zu räumen, bedeutend  
unterm Kostenpreis

### N. T. Angerer,

Langenmarkt 35.

## Herings-Auction.

Dienstag, den 2. Mai 1876, Vormittags 10 Uhr,  
Auction auf dem Heringshofe der Herren F. Boehm & Co. mit norwegischen  
Fetheringen, darunter große Kaufmanns-KK., Kaufmanns-K. und Mittel-  
heringe M., ferner mit einer kleinen Partie 1874 er. br. Matties.

Mellien. Ehrlich.

Den heute Nachmittag 4 Uhr erfolgten  
sanften Tod ihrer lieben Mutter,  
Großmutter und Tante, der Wittwe  
F. van der See, geb. Schulz,  
in ihrem 88sten Lebensjahre, zeigen hiermit  
trauernd an

die Sinterbeseenen.

Danzig, den 29. April 1876.

Deute Mittags 12 Uhr entlichet  
sanft unser lieber John im Alter von  
5 Wochen.

Danzig, den 29. April 1876.

Julius Hoppenrath  
und Frau.

Die zur 154. Königl. Klassen-Lotterie be-  
stellten Loose werden für die erste Klasse  
gegen Verzinsung der bezügl. Loose 4.  
Klasse 153 Lotterie

vom 1. bis incl. 9 Mai er.

an die resp. Besteller ausgeben.

Adalbert Koehno,

Bureau: Hundegasse 101.

Rheinischer  
Trauben-  
Brust-  
Honig.

Bei  
Husten,  
Heiserkeit,  
Verschleimung,  
Brustleiden,  
Kinder-Husten  
das  
angenehmste,  
mildeste und sicherste  
Hustenmittel



nur ach.  
mit neigtem Fabrikstempel  
à Flasche 1. 1/4 u. 3 M.,  
in Danzig bei

Richard Lenz,

Parfümerie- und Droguen-Handlung,  
Haupt-Depot, Brodbäufeng. 48,  
vis-à-vis der Gr. Krämergasse, ferner bei  
Magnus Bradtke, Colonial- und De-  
licatesse-Handlung, Kettnerberggasse  
No. 7, Ecke des Vorstadt. Graben u.  
J. G. Amort, Colonial- u. Delicatesse-  
Handlung, Langgasse No. 4, Ecke der  
Gr. Gerbergasse.

Wein-Mosch  
offeriert

Bernhard Braune  
in Danzig.

Von  
Ultramarinblau  
in 12 Qualitäten aus einer der ersten  
Fabriken Deutschlands hält größtes Lager

Bernhard Braune.

Zinkweiß  
Grün- und Rothfärbel, directer Beziehung  
von der belgischen Gesellschaft „La violette  
montagne“ zu Angleur, offeriert preis-  
werth die Handlung von

Bernhard Braune.

Bleiweiß-Dryd  
in Ia. Qualität am Lager von

Bernhard Braune.

Rothklee,  
Weissklee,  
Grünklee,  
Thymothee

und alle anderen Gräsermexen  
ist besten Qualitäten, aus hiesiger Provinz,  
offeriert preiswerth

Gustav Jacoby,

Königsberg i. Pr.

Sehr schöne Merry- und andere  
Weißwein-Gebinde  
sind zu verkaufen Brodbäufengasse  
No. 24, Pange-Stage.

Amerikan. Pferdezahl-  
Mais,  
Hochfeine Rothklee's,  
Weißklee,  
Schwedischen Klee,  
Thymothee,  
ächte franz. Luzerne,  
Seradella

sowie sämtliche Kle- und Gräsermexen  
empfehlen billigst unter Garantie des durch  
die hiesige Samen-Control-Station ermit-  
telten Gebrauchswertes.

F. W. Lehmann,

Danzig.

Amerikan. Rothklee,  
Weißklee, franz. Luzerne etc. zur Saat offeriert  
Albert Fuhrmann.

Ein Gut,

1/2 Meilen von Czernitz gelegen, Größe  
1612 Morgen, ist zu verkaufen oder zu  
verpachten.  
Abz. werden unter No. 1369 in der  
Expd. dieser Btg. erbeten.

2000 Gartenmuscheln

à 100 St 40 M. empfiehlt  
Robert Gaertner,  
Colberggasse No. 80

Ein compl. Grundstück,  
270 Morgen groß, bestehend aus Acker, Wald  
und Wiesen, mit 30 Morg. bestem Torf,  
15,000 M. Hypothek, steht mit gleicher An-  
zahlung sofort zu verk. Wo, erfährt man  
in der Exp. dieser Btg. unter 9122.

Ein sehr starker Wallach,  
Dunkelfarbe, 8" hoch, 9 Jahre alt, für einen  
Rollwagen passend, und ein 4jähriger  
Doppelroß, Blauschimmel, käuflich zu  
haben in Gr. Grönhof No. 2 bei Mewe.

200 Mutterschafe,

zur Zucht brauchbar (Rammwolle), sind  
nach der Schur abzugeben in Zauschau  
bei Rosenberg.

Die Gutverwaltung.

200 Masthammel,

gehoren ca. 80 Pfund schwer,  
neben zum Verkauf in Z-wiano,  
Kreis Neustadt (Westf.). (1165)

10 starke Ochsen

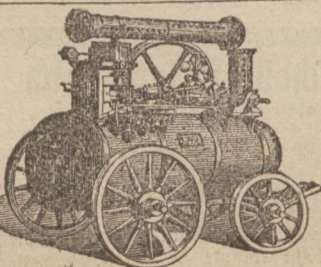
sind zu verkaufen in Etresow bei Biegie  
(Hint.-Pomm.). (1340)

Ein photographisches Atelier in Br.  
Stargard, sehr gut gelegen, nebst  
Wohnung ist sofort sehr billig zu vermieten.  
Näheres zu erfahren in Danzig, Hund-  
gasse 117, Saal-Stage. (1353)

Werksführer,

Vorarbeiter oder Beamte

in Fabriken können sich durch Uebernahme einer  
sehr respectablen Agentur einen bleibenden Neben-  
erwerb sichern. Genehmigung der Arbeitgeber  
unzweifelhaft. Offerte unter der Aufschrift  
„Werksführer“ befördert die Central-An-  
noncen-Expedition von G. L. Daube &  
Co., Frankfurt a. M.



Die  
Maschinenfabrik und Kesselschmiede

von

R. Wolf

in Buchau-Magdeburg

baut seit 13 Jahren als Specialität

Locomobilen

mit ausziehbarer Röhrenkessel,  
fahrbar und für stationäre Betriebe.

Preislisten und Referenzverzeichnisse werden auf Wunsch gesandt.

Friedrich-Wilhelm-Schützenhaus.

Montag, den 1. Mai:

## Cyroler National-Concert

der  
Sinnthaler Sängergesellschaft Hans Lechner,  
bestehend aus 3 Damen und 2 Herren.  
Anfang 8 Uhr. Entree 50 S., Kinder 25 S.

## EISENGIESSEREI & MASCHINENFABRIK

Carl Kohlert, Otto Most,

DANZIG, Weidengasse 35,

empfehlen sich zur vollständigen Einrichtung von  
Cementfabriken, Oel- und Mahlmöhlen und speeell von Schnel-  
mühlen jeder Art mit horizontalem und vertikalem Gatter in Holz oder Eisen,  
Walzgatter, Kreis- und Bandsägen, sowie sämtliche Holzbearbeitungsmaschinen.

Strickbaumwolle, englisches und deutsches Fabrikat, von 1 M.  
Ringelbaumwolle in ganz neuen Zusammenstellungen,  
Damen- und Kinderstrümpfe, Socken, Bein-  
längen in weiß und geringelt,  
Sommerhandschuhe in g. öfter Auswahl,  
Unterbeinkleider und Jacken in Baumwolle, Wolle und  
Seide  
empfehlen zu sehr billigen Preisen

Lerique & Böttcher,

106. Heiligegeistgasse 106.

Auswärtige Aufträge werden umgehend  
ausgeführt.



Die Bernsteinalack-Fabrik

von

Pfannenschmidt & Krüger,

Danzig.

empfehlen ihre sämtlichen Lacke, sowie Siccativ, Leinöl  
und Firnis (hell und dunkel) Specialität:

Fußbodenlack, trocken in 6 Stunden.

Niederlage für Danzig zu Fabrikpreisen allein  
Albert Neumann, Langenmarkt No. 3.



Unser großes Lager in

## Kinderkleidern

haben zum Ausverkauf gestellt.

S. Hirschwald & Co.,

Wollwebergasse 15.

Wollene Kinderkleider von 2,50 Mark an.

## Die Schlesische Boden-Credit-Actien-Bank

gibt unkündbare Darlehne mit Amortisation in barem Gelde. Beim Besitzwechsel  
wird nicht gekündigt.

Anträge nimmt entgegen

der General-Agent

E. L. Ittrich, Danzig,

Comtoir: Fleischergasse 86.



## Mycothanaton

(Schwammtoad)

seit 1881 von Behörden und Bautechnikern

erprobtes Mittel zur radicalen Vertreibung des

Holz-, Haus- und Mauerschwammes.

Praeservativ gegen Bildung desselben. Präparat zur Holzimprägnierung.

Bericht wird auf Wunsch gratis und franco versandt.

Vilain & Co., Chemische Fabrik, Berlin, W., Leipzigerstr. 107.

## Generalagent

gesucht für Ost- und Westpreußen von einer großen  
Lebens-Versicherungs-Gesellschaft, der cautious-  
fähig. Bedingungen günstig event. garantierte  
Einnahme. Adr. sub E. 974 an die Exped. d. Btg.

## General-Repräsentant

von einer prima Feuer- und Lebensversicherungs-  
Gesellschaft wird gesucht unter coulantem Be-  
dingungen bei garantierter Minimal-Einnahme.  
Derselbe muß kaufmännisch gebildet und Cautions-  
leisten können. Adr. sub F. 975 an die Expedition  
dieser Zeitung.

Die

Maschinenfabrik und Kesselschmiede

von

R. Wolf

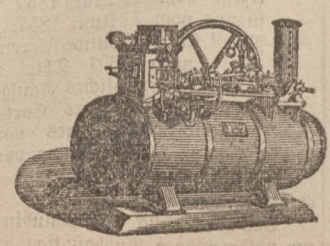
in Buchau-Magdeburg

baut seit 13 Jahren als Specialität

Locomobilen

mit ausziehbarer Röhrenkessel,  
fahrbar und für stationäre Betriebe.

Preislisten und Referenzverzeichnisse werden auf Wunsch gesandt.



## Pacht-Gesuch.

Ein junger Landwirth sucht eine Pach-  
tung von 600-1000 Morgen.  
Off. erbittet man unter 1370 in der  
Exp. dieser Btg.

Eine erfahr. Kinderfrau  
wird zum 1. Juni, spätestens 1. Juli ge-  
sucht. Wo? sagt die Expedition dieser  
Zeitung. (1213)

Dem. Lommet bei Pann, Str. Schwet,  
sucht einen durchaus tüchtigen und  
erfahrenen Inspector  
mit guten Referenzen. Persönliche Vor-  
stellung erwünscht. (1163)

## Agenten

werden für ein überall gangbares respec-  
tables Geschäft gesucht. Dasselbe bedarf  
keiner besonderen kaufmännischen Kennt-  
nisse, ist für Jeden als Nebengeschäft leicht  
zu führen und wirft sehr gute Provision  
ab. Reflectanten belieben ihre Adresse in  
der Exped. dieser Btg. unter Nr. 1218  
schleunigst abzugeben.

Ein Stadtreisender, welcher bei Gast-  
wirthen gut eingeführt, wird für den  
provisionslosen Verkauf eines coulantem  
Artikels gesucht. Off. werden u. 1336  
in der Exp. dieser Btg. erbeten.

Buchhalter, Com-  
toiristen, Reisende,  
Lageristen u. Verkäufer aller  
Branchen werden jederzeit nachge-  
wiesen und placirt durch das kaufm.  
Bureau: „Germania“ zu Dresden.

Eine Berliner Ladung sucht für  
Danzig einen tüchtigen Agenten,  
welchem die Branche nicht ganz fremd ist,  
gegen hohe Provision. Offerten an Herrn  
Korbold Peil in Danzig, Langgasse 70,  
erbeten. (1262)

Ein tüchtiger, zuverlässiger  
Inspector,

der schon mehrere Jahre in Stellung ge-  
wesen, und gute Zeugnisse besitzt, wünscht eine  
Stelle als Inspector, Aufseher oder be-  
gleichen. Das Nähere im Gesinde-Bureau  
Altstädter Graben 85.

Zwei junge Mädchen, die eine hiesige Lehr-  
anstalt besuchen wollen, finden in einer  
tüchtigen gebildeten Familie gut empfohlene  
Pension. Näheres Auskunft Hundegasse  
No. 60, 3. Etage.

Ein gut möblirt. Vorzimmer ist  
an 1 oder 2 Herren 1. Damen No. 4  
sodort zu vermieten. (1356)

Speicher-Unterraum,  
nahe am Wasser, ist sofort zu verm.  
Näh. Brodbäufeng. 24, Pange-Stage.

Heute Sonntag ist meine  
Regelbahn frei.

G. P. Dahmer,  
Burgstr. No. 21.

Auf dem Henmarkt.



Freitag ist das Museum von 2  
Uhr ab

nur für Damen

geöffnet, auch findet an diesem Tage  
die Erklärung durch eine Dame statt.  
Bitte um geneigten Besuch.

## Selonke's Theater.

Sonntag, den 30. April: (Neu.) Abalarb  
nad Geloise. Pöffe mit Gesang von  
Häber. Musik von Wilh. Bley.  
Zum ersten Male: Ein Berliner  
Heiraths-Bureau. Schwant. 1866:  
obzr. Die Bräutigam in Sackser.  
Reitbib. Räder und Oge. Pöffe.  
Montag, den 1. Mai. Benefiz für den  
Capellmeister Herrn Schüller.

## Gestohlen sind

vom 22. zum 23. d. Mts., Nachts,  
2 dunkelbraune Pferde,  
Stuten, 5 Joll groß, die eine 12  
Jahre alt, mit kleinem Stern und an  
einem Hinterfuß weiß gefleckt; die  
zweite 6 Jahre alt, mit großem Stern,  
beide Hinterfüße weiß, unterm Bauch  
einen großen weißen Flecken. Beloh-  
nung 60 Mark.

Monna,  
Saranden bei Mewe.

G. Du sag. Schwan. dar. schüdig. ich, u.  
achte mün. Di. h. l. D. Wort Juni, ich  
freue mi. dazu!! Auch 23  
(1362)

Ein Bier-Verlags-Geschäft  
wird jetzt an Sonn- und  
Feiertagen Nachmittags  
von 2 bis 6 Uhr  
geschlossen.

Robert Krüger.

## Bier-Depot

des  
Echt Nürnberger Bier-Export-  
Geschäftes

(zum Luftlichter)

von 3 Oberbergern, Stettin,  
bei G. G. Eng 1. Danzig.

Verantwortlicher Redacteur G. Rüdner.  
Druck und Verlag von A. W. Rasemann.  
Danzig.